



FACT SHEET IRAN

26. Oktober - 26. November 2025

AUSBLICK

Die politische Lage Irans bleibt ein zentraler Faktor im regionalen und internationalen Spannungsgefüge. Die Wiedereinsetzung der UN-Sanktionen, sicherheitspolitische Entwicklungen im Nahen Osten, Spannungen in den Grenzprovinzen sowie neue innenpolitische Dynamiken begrenzen den Handlungsspielraum Teherans deutlich. Dabei treten zwei Entwicklungen hervor: die stärkere Orientierung an multilateralen Institutionen wie die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) sowie an bilateralen Wirtschafts- und Sicherheitskooperationen, und zugleich die Zuspitzung struktureller Herausforderungen durch Klimawandel, Ressourcenknappheit und gesellschaftliche Fragmentierung. Während die militärische Führung ihre Abschreckungsfähigkeit betont, setzt die Regierung Pezeshkian punktuell auf soziale und politische Öffnung – jedoch ohne grundlegende Reformen. Dadurch stellt sich zunehmend die Frage, wie Iran seine außenpolitische Positionierung und innenpolitische Stabilität unter zunehmend heterogenen Bedingungen sichern will.

AUSSENPOLITIK

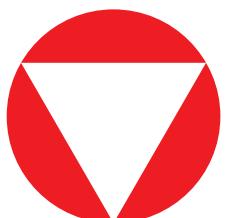
Iran intensiviert seine wirtschaftliche Anbindung an multilaterale Formate als strategische Antwort auf internationale Sanktionen. Besonders die SCO, der Iran seit 2023 als Vollmitglied angehört, gewinnt – zumindest auf der politischen Kommunikationsebene – an Bedeutung. Teheran betrachtet die SCO als zentralen Rahmen zur Stärkung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Kooperationen und zugleich als Gegengewicht zur US-dominierten internationalen Ordnung. Beim 24. Treffen der Regierungschef der SCO in Moskau wurde am 17. November ein Kooperationsdokument unterzeichnet, das die Nutzung nationaler Währungen im Handel, die Förderung von Transportprojekten sowie eine Ausweitung der Wirtschaftsdiplomatie vorsieht. Am Rande des Gipfels traf Erster Vizepräsident Mohammad Reza Aref sowohl den russischen Premierminister Michail Mischustin zu Gesprächen über gemeinsame Eisenbahnprojekte als auch einen Tag später seinen belarussischen Amtskollegen Alexander Turchin, wobei die Bedeutung bilateraler Investitionsinitiativen zur „Deckung gemeinsamer Bedürfnisse“ hervorgehoben wurde.

Auch die strategische Zusammenarbeit mit Pakistan wird gezielt ausgebaut. Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf traf am 6. November in Islamabad seinen pakistanischen Amtskollegen Sardar Ayaz Sadegh. Das Treffen knüpft an Äußerungen von Außenminister Abbas Araghchi vom 23. Oktober an, der künftig eine stärkere Rolle iranischer Grenzprovinzen in der wirtschaftlichen Kooperation mit Nachbarstaaten forderte. Weiter, der Besuch von Ali Ardeshir Larijani, Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrates, in Pakistan vom 24.–26. November signalisiert den Versuch beider Seiten, die bilateralen Beziehungen auf eine strategische Ebene zu verstärken. Die Reise gilt zugleich als Ausdruck einer zunehmenden geopolitischen Annäherung zwischen Teheran und Islamabad, wobei Pakistan durch die nahezu aufeinanderfolgenden Besuche hochrangiger iranischer und saudischer Vertreter sichtbar eine regionale Balancierung verfolgt.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Die Provinz Teheran steht infolge langanhaltender Dürreperioden, struktureller Übernutzung und staatlicher Fehlplanung vor einer Wasserkrise, die vor längere Zeiten kritisch betrachtet wurde. Die Energieministerium warnte am 7. November, dass die Hauptstadt im Oktober und November keinerlei Niederschlag erhalten habe und sich auf eine akute Versorgungskrise einstellen müsse. Nach offiziellen Angaben sind mehrere Stauseen, darunter Lar, Latian und Taleghan, nur noch zu einem Bruchteil ihrer Kapazität gefüllt. Auch in Großstadt Mashhad verschärft sich die Lage: Die Wasserstände der wichtigsten Dämme – Kardeh, Torogh und Doosti – liegen deutlich unter den kritischen Schwellen, was Experten zufolge bereits Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung und die landwirtschaftliche Nutzung zeigt.

In diesem Zusammenhang betonte Präsident Masoud Pezeshkian am 19. November die Dringlichkeit der Lage und erklärte, die Metropolregion Teheran verfüge „nicht mehr über ausreichende natürliche Ressourcen, um die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung langfristig zu decken. Eine Evakuierung (!) sei aus strategischer Sicht unausweichlich“.



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT

UNSER HEER

Hinweise auf konkrete Umsetzungsschritte liegen bislang jedoch nicht vor. Seine Aussagen verweisen über die ökologische Krise hinaus auf innenpolitische Dimensionen: Die Debatte über eine mögliche Verlagerung der Hauptstadt wird zunehmend als indirekte Kritik an der politischen Machtkonzentration in Teheran interpretiert und spiegelt das Bestreben wider, staatliche Strukturen stärker zu dezentralisieren – ein Anliegen, das bereits in Pezeshkians Wahlkampagne angelegt war und teils auf deutliche Kritik stieß.

VOLKSGRUPPEN

In der Provinz Sistan-Belutschistan kam es erneut zu einem gezielten Angriff auf lokale Sicherheitskräfte. Am 30. Oktober wurde das Fahrzeug von Mohammad Shahuzehi, einem aus der Region stammenden Kommandant der Revolutionsgarden (IRGC) und ehemaligem Leiter der Basij-Basis von Karimabad in Zahedan, von unbekannten Bewaffneten aus nächster Distanz unter Beschuss genommen. Laut der lokalen Berichterstattung von Nachrichtenagentur Halvash, gilt Shahuzehi als eng mit dem Geheimdienstapparat der Provinz verbunden und war in der Vergangenheit an sicherheitspolitischen Operationen in Zahedan beteiligt. Die Behörden ordneten den Vorfall nicht offiziell einer bestimmten Gruppe zu, sprachen jedoch von „konterrevolutionären Netzwerken“. Der Angriff unterstreicht die Persistenz asymmetrischer Angriffe gegen Vertreter des Sicherheitsapparates in ethnisch sensiblen Grenzregionen, die seit 2022 stark zunehmen. Am 24. November gab die IRGC-Bodenstreitkraft bekannt, bei einer Operation im Rahmen des Manövers „Märtyrer der Sicherheit“ eine Zelle der salafistischen Gruppe Ansar al-Furqan in Sistan-Belutschistan zerschlagen zu haben. Dabei seien mehrere Personen festgenommen worden. Neben den Jaish al-Adl ist Ansar al-Furqan eine bekannte islamistische bewaffnete Gruppe mit operativer Präsenz im Grenzgebiet zu Pakistan, welche in den vergangenen Jahren einige Anschläge auf Sicherheitskräfte in Provinz verübt. Die Ereignisse verdeutlichen die anhaltende Verwundbarkeit staatlicher Institutionen in der Provinz sowie die Sicherheitspriorität, die Teheran der Stabilisierung peripherer Grenzregionen beimisst.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Am 14. November stoppten drei Schnellboote der Revolutionsgarden (IRGC) das unter Marshall-Islands-Flagge fahrende Tankschiff Talara in der Straße von Hormus und eskortierten es in iranische Gewässer. Offizielle Stellungnahmen blieben aus, doch Beobachter sehen darin ein strategisches Signal, dass Iran seine Kontrollansprüche über die Wasserstraße weiterhin aktiv demonstriert.

Im Zuge der Neustrukturierung der militärischen Führung nach dem Israel-Iran-Konflikt ernannte der Oberste Führer Ali Khamenei am 22. November Brigadegeneral Ali Jahanshahi zum neuen Kommandanten der Landstreitkräfte der regulären Armee (Artesh). Jahanshahi war zuvor Kommandant der 77. Samen al-Aemmeh-Division in

Mashhad, Stellvertretender Koordinator der Landstreitkräfte sowie Evaluierungsbeauftragter im Khatam al-Anbia Zentralkommando. Er folgt auf Brigadegeneral Kiumars Heydari, der zum stellvertretenden Kommandanten des Khatam al-Anbia-Zentralkommando berufen wurde. In seiner Antrittsrede erklärte Jahanshahi, die Artesh-Landstreitkräfte seien „voll vorbereitet, jeder potenziellen Bedrohung zu begegnen“, gestützt auf modernisierte Ausrüstung, erfahrenes Personal und die Lehren aus dem „12-Tage-Krieg“ mit Israel. Er betonte, die zukünftige Ausrichtung erfolge auf Grundlage von fünf strategischen Prinzipien – Führungszentrierung, Effizienz, Technologieorientierung, Fähigkeitserweiterung und personelle Resilienz – im Einklang mit den Vorgaben des Oberbefehlshabers. Hervorgehoben wurden der Ausbau von Mobilität, technischer Anpassungsfähigkeit, integrierter Luftverteidigung sowie der Einsatz moderner Dronensysteme. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Nutzung der Drohnen Arash-1 und Arash-2, die Koordination mit der Luft- und Raumfahrteinheit der Revolutionsgarde und den Einsatz brigadenverstärkter Verbände zur Grenzsicherung während des jüngsten Konflikts.

ANALYSE

Die innen- und außenpolitischen Entwicklungen deuten auf Versuche des Systems hin, die militärische und sicherheitspolitische Stabilität angesichts wachsender externer Druckfaktoren zu festigen. Gleichzeitig zeigen die politischen Dynamiken, dass sich die Führung zunehmend auf potenzielle innenpolitische Belastungen – insbesondere durch ökologische Krisen sowie anhaltende Spannungen in Grenzregionen – vorbereitet. Dabei sollte die Krisen-Resilienz des politischen Establishments nicht unterschätzt werden: Die Entscheidungsprozesse innerhalb der Islamischen Republik werden unter verschärften Bedingungen komplexer, da mehrere Machtzentren miteinander konkurrieren und situativ Einfluss ausüben. In diesem Spannungsfeld verfolgt der Staat zwei zentrale Ziele: einerseits die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Kontrolle in Krisenzeiten, andererseits die Nutzung außenpolitischer Spielräume, um kurzfristige Entlastung zu schaffen und Handlungsspielräume zu sichern.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten
Druck: ReproZ W, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk